



Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde

- VERGABEBEDINGUNGEN -

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

über die

**Beförderung von Menschen mit Behinderung zu Kindertageseinrichtungen, Schulen
und Tagesförderstätten in Hamburg für die Schuljahre 2019/2020 bis 2023/2024**

gemäß

Vierter Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie nach

der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge

(Vergabeverordnung - VgV)

Vergabenummer 2018000901

Finanzbehörde Hamburg
Hamburgweite Dienste und Organisation
Beschaffung und Strategischer Einkauf für Hamburg
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

1. Hinweise zur Ausschreibung	3
1.1. Grundlage der Ausschreibung	3
1.2. Vergabestelle und Bedarfsstelle	3
1.3. Hinweise zu den Erklärungen und Nachweisen	3
1.4. Bewerberfragen / Bieterfragen	3
2. Vorgesehener Ablauf	4
3. Allgemeine Hinweise zur Einreichung von Unterlagen	4
4. Teilnahmewettbewerb	4
5. Angebotsphase	5
5.1. Angebotsaufforderung	5
5.2. Formale Wertung der Angebote	5
5.3. Verhandlungen	5
6. Zuschlagserteilung	6

1. Hinweise zur Ausschreibung

1.1. Grundlage der Ausschreibung

Gegenstand der Ausschreibung ist die Durchführung von Beförderungsleistungen von Menschen mit Behinderung zu Kindertageseinrichtungen, Schulen und Tagesförderstätten in Hamburg für die Schuljahre 2019/2020 bis einschließlich 2023/2024. Es besteht zudem die Möglichkeit, die Rahmenvereinbarungen um ein Jahr optional zu verlängern. Es sollen in diesem Vergabeverfahren Rahmenvereinbarungen mit bis zu zehn Auftragnehmern über die Erbringung der auftragsgegenständlichen Leistungen geschlossen werden.

1.2. Vergabestelle und Bedarfsstelle

Die Vergabestelle für die zu beauftragenden Leistungen ist die Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH). Die Behörde für Schule und Berufsbildung der FHH (BSB) ist hierbei als die Bedarfsstelle für die Durchführung des ausgeschriebenen Vertrages zuständig.

1.3. Hinweise zu den Erklärungen und Nachweisen

Für den Fall, dass einzelne Antwortfelder in den Formularen (Teilnahmewettbewerbs- und Angebotsformulare) für die Angaben des Bieters nicht ausreichen, können weitere Angaben auf bieterseitig erstellten Anlagen gemacht werden.

Erklärungen und Nachweise, die nicht bis zum Ende der Angebotsfrist vorgelegt wurden, kann die Vergabestelle nachfordern.

1.4. Bewerberfragen / Bieterfragen

Bewerber-/Bieterfragen sind ausschließlich über das Nachrichtenmodul des Bieterportals

<http://www.bieterportal.hamburg.de>

zu stellen. Wettbewerbsrelevante Fragen der Bieter und die Auskünfte des Auftraggebers dazu werden allen Bietern neutralisiert und in anonymisierter Form schriftlich im Nachrichtenmodul auf dem Bieterportal:

<http://www.bieterportal.hamburg.de>

zur Verfügung gestellt. Die Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen sind bei der Erstellung der Angebote zu beachten und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Nur schriftlich erteilte Antworten sind verbindlich.

Für technische Fragen zur Bedienung des Bieterportals steht der Support über den Hilfe-Button innerhalb des Bieterportals zur Verfügung.

Inhaltliche Fragen zum Vergabeverfahren können über diesen Support nicht beantwortet werden und sind ausschließlich über das Nachrichtenmodul im Bieterportal an die Vergabestelle zu richten.

2. Vorgesehener Ablauf

Das Vergabeverfahren findet als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß § 14 Abs.3 Nr. 2 VgV statt.

3. Allgemeine Hinweise zur Einreichung von Unterlagen

Die Bieter füllen die zur Verfügung gestellten Formulare entsprechend den Vorgaben aus und reichen diese elektronisch ein. Hierzu ist es erforderlich, dass die Bieter den Teilnahmeantrag bzw. ihr Angebot als pdf-Dokument in das Bieterportal hochladen. Eine Anlage darf jeweils höchstens 50 MB groß sein. Die Dokumente dürfen nicht als Anhang einer Nachricht übermittelt werden, auch die Versendung in Papierform ist nicht vorgesehen. Sämtliche Angaben werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt.

4. Teilnahmewettbewerb

Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs wird die Eignung der Bewerber hinsichtlich der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit sowie technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit überprüft. Dazu sind die im Teilnahmewettbewerbsformular geforderten Angaben zu machen.

Das Angebot ist noch nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

5. Angebotsphase

5.1. Angebotsaufforderung

Die Unternehmen, die nach Auswertung der Teilnahmeanträge ausgewählt wurden (maximal 15 geeignete Bieter), werden im Anschluss aufgefordert, ein erstes Angebot abzugeben. Das Angebot muss Preise für die Tagespauschale, die Leistungskilometer und die Tagespauschalen für beauftragtes Begleitpersonal und Mithilfe in der Einrichtung sowie Angaben zu der jeweiligen Kalkulation dieser Preise und die Anzahl der angebotenen Fahrzeuge für alle von dem jeweiligen Bieter angebotenen Fahrzeugkategorien enthalten.

Zur Abgabe eines Angebotes ist nur berechtigt, wer im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählt und mit separatem Schreiben explizit dazu aufgefordert worden ist.

Die Aufforderung zur Einreichung des Angebotes wird über das Bieterportal zur Verfügung gestellt. Die ausgewählten Bieter erhalten hierzu zusätzlich eine Benachrichtigung per E-Mail. In diesem Verfahrensabschnitt sind ein Angebotsformular sowie die darin geforderten Unterlagen/Erklärungen einzureichen. Weitere Hinweise/Informationen zur Einreichung der Angebote werden mit dem Aufforderungsschreiben bekannt gegeben.

5.2. Formale Wertung der Angebote

Die eingereichten Angebote werden zunächst danach gewertet, ob die Mindestanforderungen der Leistungsbeschreibung erfüllt sind.

5.3. Verhandlungen

Die Vergabestelle behält sich vor, zuerst mit jedem Bieter, der die Mindestanforderungen erfüllt, über dessen Angebot zu verhandeln. Die erste Verhandlungsrunde ist für den **18. bzw. 21.02.2019** vorgemerkt. Die genauen Verhandlungstermine werden den einzelnen Bietern rechtzeitig mitgeteilt. Die Vergabestelle behält sich vor, als Ergebnis dieser Verhandlungen oder auch direkt ohne solche Verhandlungen allen Bietern einheitliche und aus Sicht der Vergabestelle marktübliche Preise für die Tagespauschalen und die Leistungskilometer je Fahrzeugkategorie sowie für die Tagespauschalen für beauftragtes

Begleitpersonal und für die Mithilfe in der Einrichtung (nachfolgend: **einheitliche Preise**) vorzuschlagen.

Die Bieter erhalten eine angemessene aber kurze Frist, um mitzuteilen, ob sie die vorgeschlagenen einheitlichen Preise akzeptieren, und um die Anzahl der zu diesen Preisen angebotenen Fahrzeuge je Fahrzeugkategorie zu benennen. Die Vergabestelle ist berechtigt, einen Bieter vom weiteren Verfahren auszuschließen, wenn dieser die einheitlichen Preise nicht akzeptiert.

Die Vergabestelle ist weiterhin berechtigt, erneut Angebote zu Preisen und angebotenen Fahrzeugen anzufordern und die vorgeschriebenen Verfahrensschritte gegebenenfalls mehrfach zu wiederholen.

Die Vergabestelle ist – gegebenenfalls mehrmals – auch berechtigt, nach den vorgeschriebenen Verfahrensschritten oder auch direkt ohne die vorgeschriebenen Verfahrensschritte einen Preiswettbewerb zwischen den Bietern auszuloben.

In diesem Fall wird sie nur einzelne oder mehrere der o.g. Preise in den Wettbewerb stellen und im Übrigen einheitliche Preise vorgeben (nachfolgend: **teilweise verschiedene Preise**). Hierfür fordert die Vergabestelle alle Bieter auf, innerhalb einer festzulegenden sehr kurzen Frist ein Angebot für die in den Wettbewerb gestellten Preise sowie die Anzahl der angebotenen Fahrzeuge für alle von dem jeweiligen Bieter angebotenen Fahrzeugkategorien vorzulegen und im Übrigen mitzuteilen, ob sie die von der Vergabestelle vorgegebenen einheitlichen Preise akzeptieren.

Die Vergabestelle ist – gegebenenfalls mehrmals – berechtigt, auch nach Vorliegen dieser Angebote aus dem Preiswettbewerb erneut in Verhandlungen einzutreten und Angebote zu Preisen und angebotenen Fahrzeugen abzufordern. Sie kann in diesem Rahmen auch erneut entsprechend den vorgeschriebenen Verfahrensschritten einheitliche Preise festlegen.

6. Zuschlagserteilung

Der Zuschlag auf die Rahmenvereinbarung wird auf der Grundlage der letztverbindlichen Angebote erteilt. Die Vergabestelle wird vor Angebotsaufforderung mitteilen, ob sie

letzverbindliche Angebote wünscht. Jeder bis dahin nicht ausgeschlossene Bieter erhält dann einen Rahmenvertrag.

Angebotspreise verstehen sich stets einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer (sog. „**Bruttopreise**“), Dies bedeutet, dass im Wettbewerb angebotene Preise die gesetzliche Umsatzsteuer bereits enthalten müssen. Setzt die Vergabestelle Preise fest, so handelt es sich dabei ebenfalls um Bruttopreise.